

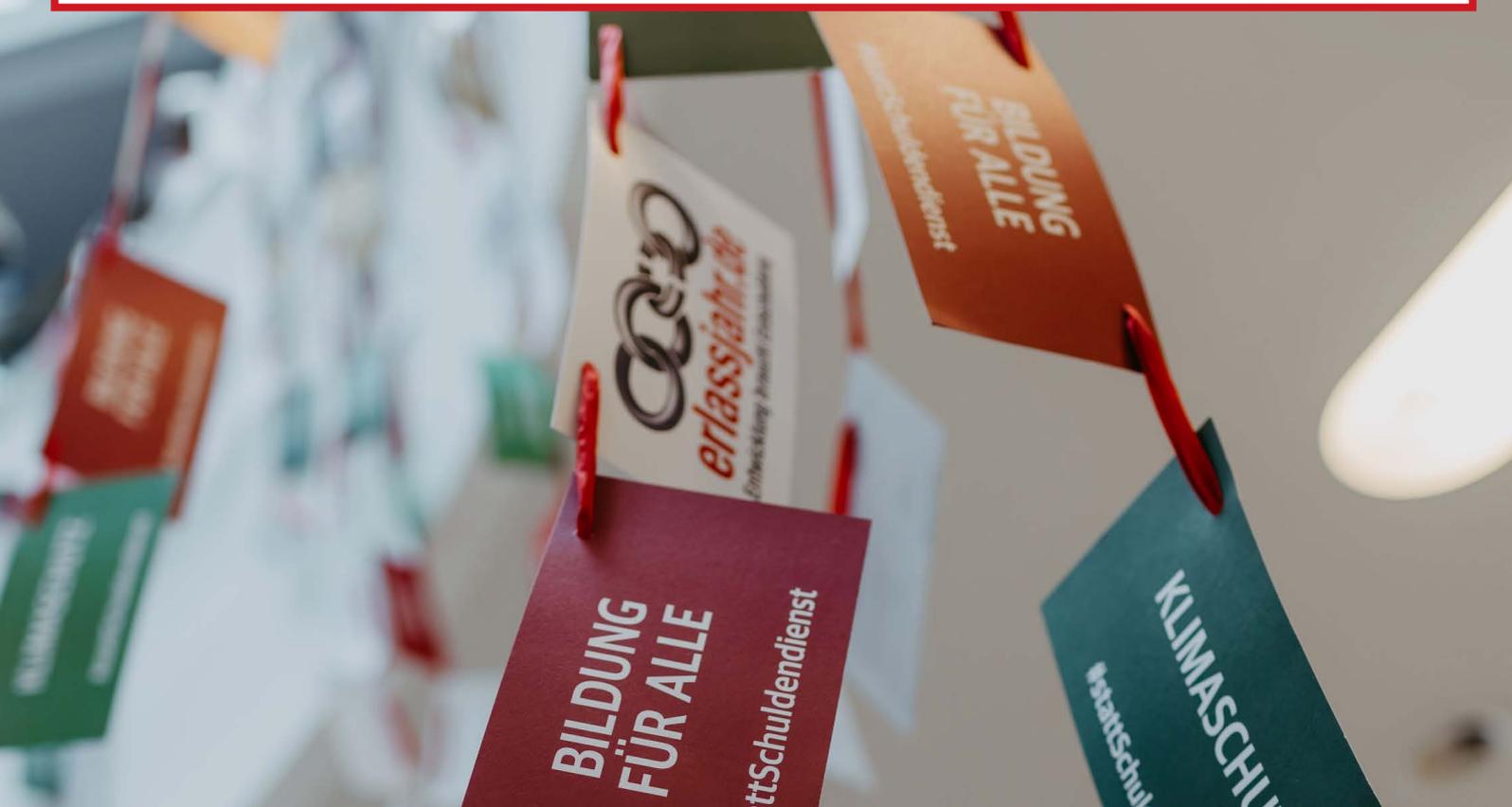


SEPTEMBER 2024



ENTSCHULDUNGSKURIER 2024

Aktionstag „25 Jahre Kölner Kette“ | Update zur Kampagne „Mit Schulden fair verfahren!“ | Ukraine: Schuldenerlass für einen selbstbestimmten Wiederaufbau | Sri Lanka in der Schuldenkrise | Warum Staatsverschuldung auch eine feministische Frage ist | Erlassjahr 2025 | BMZ-Engagementpreis | und vieles mehr



IMPRESSUM

Entschuldungskurier 2024

Eine Publikation von erlassjahr.de –
Entwicklung braucht Entschuldung e. V.

Redaktionsschluss: September 2024

Redaktion

Amelie Fischer | Florian Grawe |
Elise Kopper | Mara Liebal, V. i. S. d. P. |
Helmut Müller | Kristina Rehbein |
Manuel Simon | Malina Stutz

Layout und Satz

Mara Liebal

Titelbilder

Eindrücke vom Aktionstag „25 Jahre Kölner
Kette – 25 Jahre Einsatz für faire Entschuldung“
im Juni 2024 | © erlassjahr.de

Bestellung und Information

erlassjahr.de – Entwicklung braucht
Entschuldung e. V.
Carl-Mosterts-Platz 1 | 40477 Düsseldorf
Telefon: 0211 4693-196
E-Mail: buero@erlassjahr.de
Internet: www.erlassjahr.de



Bankverbindung

erlassjahr.de e. V.
Bank für Sozialwirtschaft in Köln
BIC: BFSWDE33XXX
IBAN: DE19 3702 0500 0008 2477 00

INHALT

SCHWERPUNKT KAMPAGNE

Aktionstag „25 Jahre Kölner Kette“ 4
Einsatz für faire Entschuldung heute nötiger denn je

Politisches Update 8
Mit Schulden fair verfahren! Staateninsolvenz-
verfahren schaffen. Koalitionsvertrag umsetzen.

SCHWERPUNKT SCHULDENKRISE

Sri Lanka in der Schuldenkrise 10
„Wir wollen, dass den Menschen kein weiteres Leid
zugefügt wird!“

Ukraine 12
Schuldenerlass für einen selbstbestimmten
Wiederaufbau

„We want to be alive, free and out of debt!“ 14
Warum Staatsverschuldung auch eine feministische
Frage ist

AUS UNSERER ARBEIT

erlassjahr.de-Akademie 16
Qualifiziert engagiert für faire Entschuldung

Globale Verschuldung 17
Ein Thema auch für Gewerkschaften!

BMZ-Engagementpreis 18
Hohe Auszeichnung für erlassjahr.de-Mitgründer
Jürgen Kaiser

Das Erlassjahr 2025 19

**Ein Jahr rassismuskritischer Organisations-
entwicklungsprozess** 19

AUS BÜRO UND BÜNDNIS

Neuer Mitträger: der Kirchenkreis Bonn 20

Rückblick Jahrestagung 2023 21

Unser Team in Düsseldorf 23



**Liebe Mitträger, Freund*innen
und Interessierte,**

vor 25 Jahren, im Juni 1999, bildeten
35.000 Menschen eine acht Kilometer
lange Kette rund um die Kölner Innen-
stadt. Sie forderten die Streichung der
Schulden der damals dramatisch hoch
verschuldeten Länder – mit Erfolg. Dies
war ein Meilenstein der Entschuldungs-
bewegung. Nachhaltig gelöst ist das
Schuldenproblem aber bis heute nicht.
Deshalb wollten wir im Juni dieses
Jahres zusammen mit Vertreter*innen
unserer Mitträgerorganisationen an
die „Kölner Kette“ von 1999 erinnern.
Eine Kette aus Tausenden Aktions-
postkarten vor dem Kölner Dom sollte
die Bundesregierung dazu auffordern,
endlich ihren eigenen Koalitionsvertrag
umzusetzen und die Schaffung eines
Staateninsolvenzverfahrens voranzu-
treiben. Anders als erwartet, waren am
Aktionstag jedoch nicht die feiern-
den Fußballfans auf der Domplatte,
sondern ein heftiges Gewitter unsere
größte Herausforderung. Dass trotz
aller Widrigkeiten der Tag doch noch
rund wurde – gefüllt mit engagierten
Beiträgen, Erinnerungen und Ausbli-
cken –, ist in diesem Entschuldungsku-
rier nachzulesen.

dem sich die Gläubiger bisher wider-
setzen.
Aus unserem Bündnis gibt es aber
auch Erfreuliches zu berichten: Jürgen
Kaiser, Mitgründer von erlassjahr.de,
erhielt im Mai den Engagementpreis
des Bundesministeriums für wirt-
schaftliche Zusammenarbeit und Ent-
wicklung. In der Laudatio wurde er als
„einer der besten Experten zum Thema
Schulden“ gewürdigt. Jürgen, du hast
den Preis mehr als verdient! Danke für
deine jahrzehntelange Arbeit.

Wir würdigen das alte, wir suchen aber
auch das neue Engagement: Unser
Bündnis möchte jünger und diverser
werden. Eine wichtige Ressource dabei
sind unsere ehemaligen Praktikant*in-
nen. Mehrere von ihnen bringen
sich mittlerweile ehrenamtlich in die
Bildungsarbeit oder in den Bündnisrat
ein. Die Verbindungen zur Klimabe-
wegung sind immer enger geworden;
erste Kontakte in die dekoloniale Szene
sind geknüpft. Sehr erfolgreich gestal-
tete sich auch die digitale erlassjahr.de-
Akademie, die neue Interessierte in das
Schuldenthema einführte.

Neugierig geworden? Viel Spaß und
Inspiration bei der Lektüre dieses
Entschuldungskuriers wünscht

Eva-Maria Hartmann
*Vertreterin des Dachverbands Entwick-
lungspolitik Baden-Württemberg im Bünd-
nisrat und Lenkungskreis von erlassjahr.de*

Foto: Eva Hartmann | © privat

FÖRDERHINWEISE

Diese Publikation wurde mit finanzieller
Unterstützung der Evangelischen Landeskirche
in Württemberg realisiert.



Kofinanziert von der
Europäischen Union

Diese Publikation wurde von
der Europäischen Union kofi-
nanziert. Der Inhalt liegt in der
alleinigen Verantwortung von
erlassjahr.de und spiegelt nicht
unbedingt die Meinung der
Europäischen Union wider.

erlassjahr.de wird institutionell gefördert von



und mehr als 500 weiteren Mitträgerorganisationen.



Aktivist*innen beim Aktionstag „25 Jahre Kölner Kette - 25 Jahre Einsatz für faire Entschuldung“ am 18. Juni 2024 in Köln. | © erlassjahr.de

Aktionstag „25 Jahre Kölner Kette“ Einsatz für faire Entschuldung heute nötiger denn je

„Vor 25 Jahren war hier in Köln auch viel los...“, begann Domdechant Kleine das Mittagsgebet in der Marienkapelle des Kölner Doms. Er erinnerte damit an einen Meilenstein der Entschuldungsbewegung: die „Kölner Kette“ von 1999. Auf der Domplatte und rund um die Kölner Innenstadt, wo sich am 18. Juni 2024 vor allem schottische EM-Fußballfans und andere Tourist*innen tummelten, forderten 25 Jahre zuvor 35 000 Menschen Schuldenstreichungen für kritisch verschuldete Länder.

Domdechant Kleine wiederholte in seiner Ansprache die Forderungen der Erlaßjahr2000-Kampagne, „die bedingungslose Entschuldung der armen Länder des Globalen Südens und die Einführung nachhaltiger und fairer Verfahren zur Lösung von Schuldenkrisen“. Wie aktuell und dringlich diese Forderungen auch nach 25 Jahren noch sind, verdeutlichten nicht nur der Domdechant, sondern der gesamte Aktionstag von erlassjahr.de, der unter dem Motto „25 Jahre Kölner Kette – 25 Jahre Einsatz für faire Entschuldung“ stand.

Kundgebung vor dem DOMFORUM

Nach dem Mittagsgebet begann der Aktionstag offiziell mit einer Kundgebung vor dem DOMFORUM. **ELISE KOPPER**, Referentin für Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit bei erlassjahr.de, begrüßte die Versammelten und führte sie durch die Veranstaltung,

die von verschiedenen eingeladenen Speaker*innen bereichert wurde. Die einzelnen Beiträge machten deutlich, wie divers die Gruppe derer ist, die sich mit Entschuldungsfragen beschäftigen und in welchem starkem Netzwerk erlassjahr.de eingebettet ist.

Den Anfang machte **KRISTINA REHBEIN**, Politische Koordinatorin bei erlassjahr.de. Sie teilte Statements, die erlassjahr.de von Entschuldungsaktivist*innen aus Ghana, Sambia und Sri Lanka zugesendet worden waren. Einigkeit bestand vor allem in einer Sache: „Auch heute müssen Staatsschulden wieder ein Thema der sozialen Gerechtigkeit, der sozialen Bewegung werden. Die Stimmen der Bürgerinnen und Bürger können nicht ignoriert werden, wenn sie nur laut genug sind.“

Der Einladung von erlassjahr.de folgte auch **JEAN SALDANHA**, die extra aus

Brüssel zur Kundgebung anreiste. Die Direktorin von Eurodad, dem europäischen Netzwerk für Schulden und Entwicklung, verdeutlichte die Notwendigkeit eines „gemeinsamen Einsatzes“. Mit Blick auf die im nächsten Jahr anstehende vierte UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Spanien, sagte Jean: „In einer von Konflikten und geopolitischem Konkurrenzkampf zerrissenen Welt besteht für alle Länder, Nord und Süd, Schuldner und Gläubiger, die Chance, auf neutralem Boden eine neue Zukunft der Schuldengerechtigkeit zu gestalten.“

SERGE PALASIE, Fachpromotor für Entwicklungspolitische Bildungsarbeit beim Eine Welt Netz NRW, erinnerte daran, wie Haiti nach seiner schwer erkämpften Unabhängigkeit von Frankreich durch Entschädigungszahlungen an die ehemalige Kolonialmacht in eine wirtschaftliche und

ökologische Krise gestützt wurde. Schuldenpolitik sei bis heute eine Fortsetzung kolonialer Ausbeutung und trage zum Fortbestehen kolonialer Rollenzuschreibungen bei. Serge kritisierte außerdem, dass heutige Probleme Haitis oft lediglich als selbstverschuldet dargestellt würden, während die Verantwortung des Westens übersehen werde. „Geschichte von ihrem Ende her zu denken ist immer gefährlich.“ Es brauche stattdessen dringend ein Überdenken unfairer Praktiken in der globalen Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Auch **LOU UND ELAYA**, die für *Debt for Climate Deutschland* auf der Kundgebung sprachen, prangerten koloniale Abhängigkeiten und Machtverteilungen an, die in Verschuldung fortbeständen. Es gehe um die Wiedergutmachung für koloniale und ökologische Verbrechen, weshalb Schuldengerechtigkeit und Klimagerechtigkeit zusammengedacht werden müssten: „Die Welt steht in Flammen, schon heute. Und dementsprechend sollten wir auch handeln. Das bedeutet die bedingungslose Streichung der Schulden des Globalen Südens und eine gerechte neue internationale Wirtschaftsordnung!“

Einen weiteren bereichernden Beitrag lieferte einer, der schon 1999 Teil der Kölner Kette war: **HELMUT MÜLLER**, Pfarrer der Vereinten Evangelischen Mission. Er blickte zurück: „Wir waren keine Finanzexpert*innen, aber davon überzeugt: Es ist Aufgabe von Christinnen und Christen und unseren Kirchen, sich für einen umfassenden Schuldenerlass der Länder des Globalen Südens einzusetzen.“ Heute wie damals brauche es vor allem eines: „Strukturen und Mechanismen, die die Mitwirkung von Gläubigern und Schuldner*innen und den Dialog zwischen ihnen gewährleisten.“

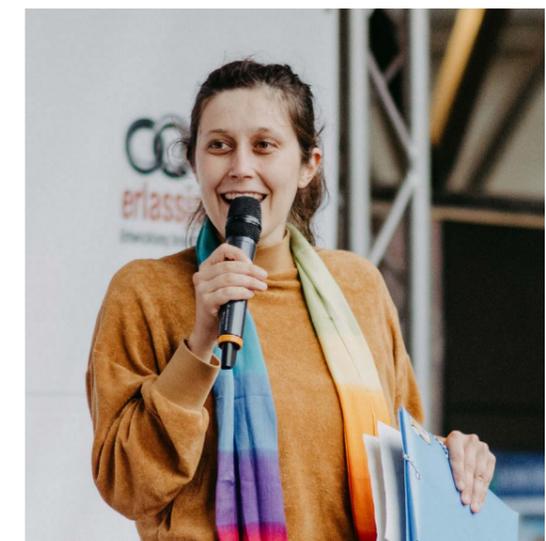
MALINA STUTZ, Politische Referentin bei erlassjahr.de, beendete die Kundgebung, indem sie eine Frage stellte, die die Aktiven den ganzen Tag begleitete: „25 Jahre Einsatz für faire Entschuldung – ist das nun ein Grund zur Freude oder eher ein Anlass, der uns pessimistisch stimmen muss?“



„Geschichte von ihrem Ende her zu denken ist immer gefährlich.“ – Serge Palasie, Eine Welt Netz NRW © erlassjahr.de



„Die Welt steht in Flammen, schon heute. Und dementsprechend sollten wir auch handeln.“ – Lou und Elaya, Debt for Climate Deutschland © erlassjahr.de



Malina Stutz, Politische Referentin bei erlassjahr.de, rief die Anwesenden auf, gemeinsam die Bundesregierung an ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag zu erinnern. © erlassjahr.de



Spontaner Plan B wegen Unwetter: Statt auf der Domplatte wurde die Postkartenkette im Foyer des DOMFORUMS in Szene gesetzt. | © erlassjahr.de



Die gutbesuchte Abendveranstaltung fand am gleichen Ort statt wie die zentrale Pressekonferenz der Erlaßjahr2000-Kampagne vor 25 Jahren – sogar die Stühle auf dem Podium im DOMFORUM sind noch die selben. | © erlassjahr.de

Ihre Antwort: beides! Es sei beachtlich, was die Entschuldungsbewegung erreicht habe. Gleichzeitig sei es ernüchternd, dass die bereits damals geforderte strukturelle Veränderung

auch heute noch nicht erreicht sei. Sie nutzte die Gelegenheit, um die Forderungen von erlassjahr.de direkt an die Bundesregierung zu richten. „Lasst uns die Bundesregierung durch unse-

re heutige Aktion hier in Köln an ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag erinnern! Lasst uns gemeinsam dafür einsetzen, dass mit Schulden endlich fair verfahren wird!“

Musikalisch begleitet wurde die Kundgebung von der Kölner Künstlerin **SARAH TSEHAYE**, die mit ihren berührenden Songs stimmige Zwischentöne setzte. Mit Texten wie „I need to take care of my emotions“ und „Deep down I know to be weak is to be strong“ betonte die Sängerin den Stellenwert von Selbstfürsorge in aktivistischen Kontexten und Kreisen. „Ich möchte hier gerne von der Bühne gehen mit dem Gedanken, dass man diese Arbeit nur machen kann, wenn man auch dafür sorgt, dass man sich wieder auftankt“, leitete Sarah Tsehaye ihren letzten Song ein, der passenderweise „Recharge my soul“ hieß. Und so war die Kundgebung zum 25-jährigen Einsatz für faire Entschuldung nicht nur voller Rückblicke, auf das, was war, und voller Forderungen für das, was sein soll, sondern auch ein Krafttanken, um eine Brücke zwischen beidem zu bauen.

Eine etwas andere Menschenkette

Nach der kraftvollen Kundgebung, die durch starke Reden und wun-

derbare Musik auch Passant*innen zum Stehenbleiben einlud, war der eigentliche Revival-Moment geplant: die Menschenkette. 35 000 Menschen waren 1999 Teil der Kölner Kette; 2024 waren längst nicht so viele vor Ort. Doch Menschen aus ganz Deutschland hatten im Vorfeld der Aktion die Möglichkeit, Postkarten mit Forderungen an die Bundesregierung zu unterschreiben und nach Düsseldorf in die Geschäftsstelle von erlassjahr.de zu schicken. So wurden die etwa 80 Anwesenden symbolisch unterstützt von weiteren 2000 Menschen, deren Unterschriften in lange Postkartenketten eingeknüpft waren. Mit diesen Ketten sollte nun eine Menschenkette am Kölner Dom gebildet werden.

Leider machte uns an dieser Stelle das Wetter einen Strich durch die Rechnung. Die angesagten Unwetter, die uns bereits den ganzen Vormittag Sorge bereitet hatten, setzten pünktlich zum Ende der Kundgebung ein und erforderten einen spontanen Plan B. Nach einem schnellen Foto im Regen vor dem Kölner Dom flüchteten sich alle Anwesenden in das DOMFORUM. Statt einer Menschenkette am Kölner Dom entstanden nun im Foyer des DOMFORUMS andere eindrucksvolle Bilder, die die Menge

der eingesendeten Postkarten sichtbar machten.

Abendveranstaltung „Engagement verbindet“

Der dritte und finale Teil des Aktionstags bestand in einer gut besuchten Abendveranstaltung, zu der erlassjahr.de gemeinsam mit dem DOMFORUM eingeladen hatte. **RAINER TÜSCHENBÖNNER**, Leiter vom DOMFORUM und des Katholischen Bildungswerks Köln, verwies in seiner Begrüßung auf die historische Bedeutung seines Hauses für die Erlaßjahr2000-Kampagne. Genau hier habe vor 25 Jahren die zentrale Pressekonferenz stattgefunden – sogar die Stühle auf dem Podium seien noch die selben wie damals.

Einfühlsam und voller Gespür für die richtigen Fragen führte Moderatorin **CHRISTIANE OVERKAMP** durch drei Podiumsgespräche mit unterschiedlichen Gästen. Immer mit auf dem Podium: erlassjahr.de-Mitgründer und langjähriger Politischer Koordinator **JÜRGEN KAISER** und **HEIDEMARIE WIECZOREK-ZEUL**, die von 1998 bis 2009 deutsche Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung war. Beide können auf 25 Jahre Einsatz für faire Entschuldung zurückblicken.

Gemeinsam mit **KRISTINA REHBEIN** sprachen sie über die weltweite Verschuldung damals und heute, die „Big Bangs“ der deutschen Entschuldungsbewegung sowie darüber, wie sie persönlich zum Schuldenthema kamen – und nicht mehr davon los. In einem zweiten Panel tauschten sich Jürgen Kaiser und Heidemarie Wieczorek-Zeul mit hauptamtlich und ehrenamtlich Engagierten über die Motivation für ihr Engagement für faire Entschuldung aus. Mit auf dem Podium saßen **MARA LIEBAL**, hauptamtliche Öffentlichkeits- und Bildungsreferentin bei erlassjahr.de, die ehrenamtlichen Bündnisrat-Mitglieder **LEONARD LEUSCHNER** und **HERMA GEISS** sowie **SIGRID STAPEL**, Referentin für entwicklungspolitische Bildungsarbeit bei Kolping International. Für das letzte Panel des Abends stieß **MALINA STUTZ** hinzu und gab Ausblicke auf die Zukunft der Arbeit des Entschuldungsbündnisses – und die Möglichkeiten, diese Arbeit ehrenamtlich zu unterstützen.

Zum Abschluss richtete Heidemarie Wieczorek-Zeul bestärkende Worte an die Aktivist*innen im Publikum. Es sei wichtig, im politischen Engagement immer wieder neuen Mut zu fassen. Auf einen ersten Mut müsse ein zweiter Mut folgen, ein dritter, ein vierter, manchmal sogar ein fünfter. Nur mit



© Damian Raizer / weltkirche.de

Unterstützung von Weltkirche-Bischof Meier

Ein Zeichen der Unterstützung sendeten die Teilnehmenden der Jahrestagung Weltkirche und Mission, die zeitgleich zum Aktionstag in Würzburg stattfand: auch sie fordern mutige Antworten auf die globale Schuldenkrise. Der Vorsitzende der Konferenz und Kommission Weltkirche, Bischof Dr. Betram Meier, betonte, das 25. Jubiläum der Kölner Menschenkette für einen internationalen Schuldenerlass sei ein Anlass zur Freude über den damals erreichten Durchbruch in der internationalen Finanzpolitik: „Wir wissen aber auch, dass noch viel mehr passieren muss, um die Schuldenkrise im Globalen Süden wirklich zu lösen. Möge die Kampagne auch in Zukunft erfolgreich sein und dazu beitragen, das Leben derjenigen zu verbessern, die am stärksten von Armut betroffen sind.“

vielen „Muts“ könne sich eine Bewegung wie die für faire Entschuldung halten und weiterentwickeln.

Ein großer Dank geht an alle, die zum Gelingen des Aktionstags in Köln beigetragen haben, und an unsere Kölner Kooperationspartner*innen vom DOMFORUM, der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen Köln, dem Friedensbildungswerk e. V., dem Katholischen Bildungswerk Köln, KOLPING INTERNATIONAL, Kolpingwerk Deutschland, Kolpingwerk Diözesanverband Köln und dem philippinenbüro e.V. im Asienhaus.

Übergabe der Postkarten an Bundesministerin Svenja Schulze

Am 26. September ist es soweit: Wir überreichen die gesammelten Postkarten persönlich an Ministerin Svenja Schulze im Bundesentwicklungsministerium. Mit dabei sind neben Mitarbeiterinnen unserer Geschäftsstelle auch Aktivist*innen, die bundesweit mit großem Einsatz Postkarten gesammelt und die Kampagne unterstützt haben.



© erlassjahr.de

Politisches Update

Mit Schulden fair verfahren! Staateninsolvenzverfahren schaffen. Koalitionsvertrag umsetzen.

Im Koalitionsvertrag 2021 haben sich die Regierungsparteien darauf verständigt „eine Initiative für ein kodifiziertes Staateninsolvenzverfahren [zu unterstützen], das alle Gläubiger miteinbezieht und Schuldenerleichterungen für besonders gefährdete Ländergruppen umsetzt“. Die Aufnahme dieses Passus in den Koalitionsvertrag war auch ein Erfolg der Kampagnenarbeit von erlassjahr.de: Im Rahmen der Kampagne „Entwicklung braucht Entschuldung! Kampagne zur Bundestagswahl 2021“ hatten sich Mitträgerorganisationen und Unterstützer*innen deutschlandweit für dieses Anliegen eingesetzt.

Nun sind die letzten zwölf Monate der Legislaturperiode angebrochen: Zeit für eine Zwischenbilanz.

Wenig Ambitionen auf internationaler Ebene

Bisher hat die Ampel-Regierung keinerlei Ambitionen erkennen lassen, auf internationaler Ebene neue Prozesse zur Schaffung eines Staateninsolvenzverfahrens anzustoßen. Auch Verhandlungen über die Schaffung solcher Strukturen in multilateralen Foren, die nicht von den Staaten des Globalen Nordens dominiert werden, wurden nicht unterstützt. So stimmte Deutschland beispiels-

weise im Frühjahr 2024 gegen eine Resolution des UN-Menschenrechtsrats, in der die Auffassung bekundet wurde, dass die Schaffung neuer Strukturen zum Umgang mit Überschuldungsproblemen einen umfassenden politischen Dialog zwischen Gläubiger- und Schuldnerländern im Rahmen der Vereinten Nationen erfordere. Deutschland und auch andere westliche Partnerstaaten zeigen damit weiterhin wenig Bereitschaft, privilegierte Positionen zugunsten inklusiver multilateraler Strukturen aufzugeben. Das Bundesfinanzministerium erklärte in diesem Sinne bereits Anfang 2023, dass man im Hause Lindner die Passage aus dem

Koalitionsvertrag so interpretiere, dass damit die effektive Umsetzung des Entschuldungsrahmenwerks „Common Framework“ der G20-Staaten gemeint sei. Angesichts der Tatsache, dass dieses Rahmenwerk bereits 2020 geschaffen wurde, also lange bevor die Zielsetzung eines Staateninsolvenzverfahrens im Koalitionsvertrag festgelegt wurde, und es sich zudem als ziemlich ineffektiv zur Lösung von Schuldenkrisen erwiesen hat, ist diese Interpretation jedoch deutlich zu unambitioniert. Es bleibt zu hoffen – und zu drängen –, dass Deutschland bei den anstehenden UN-Prozessen, insbesondere bei der vierten UN-Entwicklungsfinanzie-

rungskonferenz (FfD4) im Jahr 2025 eine konstruktivere Rolle spielen wird.

Vielversprechende Entwicklungen auf nationaler Ebene

Aber nicht nur auf der internationalen, sondern auch auf nationaler Ebene kann und sollte Deutschland wichtige Weichen stellen, um dem Auftrag im Koalitionsvertrag nachzukommen. Bereits im Entschuldungskurier 2023 hatten wir darüber berichtet, dass nationale Gesetzgebung die Beteiligung privater Gläubiger an Schuldentreibungen erzwingen könne. Denn diese Akteure, zu denen etwa die Deutsche Bank oder Vermögensverwalter wie BlackRock gehören, verzichten nicht freiwillig auf die Rückzahlung von Forderungen und erschweren Umschuldungsverhandlungen dadurch erheblich. Dies hat auch die deutsche Politik, insbesondere das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) begriffen: Anlässlich der Veröffentlichung des Schuldenreport 2024 von erlassjahr.de und Misereor bekräftigte Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze im April 2024 in einer Pressemitteilung, dass private Gläubiger besser in die Pflicht genommen werden müssten. Und im Mai 2024 veröffentlichte die dem BMZ angeschlossene Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) sogar eine ganze Studie zu diesem Thema. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass die Verabschiedung eines nationalen Gesetzes tatsächlich die beste Möglichkeit sei, um private Gläubiger effektiv einzubeziehen – genau so, wie erlassjahr.de es seit langem fordert.

Ausblick

Nachdem die GiZ-Studie rechtliche Bedenken aus dem Weg geräumt hat, sollte sich die Bundesregierung in den verbleibenden Monaten der Legislaturperiode nun unverzüglich daransetzen, einen entsprechenden Gesetzesvorschlag auf den Weg zu bringen. Hoffnung gibt, dass es engagierte Parlamentarier*innen im Ent-

wicklungs- und Finanzausschuss gibt, die sich konsequent für die Schaffung eines solchen Gesetzes einsetzen – und zwar aus allen drei Regierungsfractionen. Wenn dieser Wurf gelänge, hätten die Ampel-Parteien am Ende ihrer Regierungszeit ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag zwar nicht

vollumfänglich erfüllt. Sie hätten aber entscheidend dazu beigetragen, die Rechte von Schuldnerstaaten vor gierigen Privatgläubigern mit deutschem Recht zu schützen – und damit einen durchaus respektablen und innovativen Schritt hin zu einer faireren Gestaltung von Entschuldung getan.



Fortschritte bei der Schaffung eines Staateninsolvenzverfahrens

Im Rahmen der Kampagne „Mit Schulden fair verfahren! Staateninsolvenzverfahren schaffen. Koalitionsvertrag umsetzen.“ haben wir eine Forderungsliste formuliert, anhand derer sich messen lässt, wie glaubhaft und zielführend die Bemühungen der Bundesregierung sind. Hier könnt ihr euch über aktuelle Entwicklungen zu den geforderten Reformen informieren: erlassjahr.de/forderungsliste.

LESETIPP:

Gegenüber den Corona-Krisenjahren hat sich die Verschuldungssituation für einige Länder des Globalen Südens etwas verbessert. Für den Großteil der Länder bleibt die Verschuldungssituation jedoch angespannt. 130 von 152 untersuchten Staaten im Globalen Süden weisen eine mindestens leicht kritische Verschuldungssituation auf, 24 dieser Staaten sind sehr kritisch verschuldet. Durch den hohen Schuldendienst fehlen finanzielle Spielräume für Klimaschutz, Soziales und Zukunftsinvestitionen.

Der **SCHULDENREPORT 2024**, herausgegeben von erlassjahr.de und Misereor, analysiert die Verschuldungssituation von Ländern im Globalen Süden sowie die Rolle Deutschlands in der internationalen Entschuldungspolitik und zeigt konkrete Empfehlungen und Handlungsoptionen auf.

Zum Bestellen und als kostenloser Download hier: erlassjahr.de/schuldenreport-2024



Sri Lanka in der Schuldenkrise

„Wir wollen, dass den Menschen kein weiteres Leid zugefügt wird!“

Die wirtschaftliche und finanzielle Lage Sri Lankas ist angespannt: Das Land ist hoch verschuldet und musste bereits 2022 als Folge der Corona-Pandemie die Zahlungen an seine Gläubiger einstellen. Die Umschuldungsverhandlungen mit den öffentlichen Gläubigern sind nach langwierigen Verhandlungen weitestgehend abgeschlossen. Auch eine Vereinbarung mit dem Großteil der privaten Gläubiger steht kurz bevor.

Die gewährten Erleichterungen werden allerdings nicht ausreichen, um die Krise nachhaltig zu überwinden: Selbst bei einem „erfolgreichen“ Abschluss der aktuellen Verhandlungen müsste Sri Lanka immer noch knapp ein Drittel seiner Einnahmen für den Auslandsschuldendienst aufwenden. Auch der Rechtsstreit mit der *Hamilton Reserve Bank* ist noch nicht abgeschlossen. Die Bank hat sich Umschuldungsverhandlungen bisher entzogen und den Inselstaat auf eine vollständige Auszahlung ihrer Forderungen verklagt.

Im Zuge der laufenden Umschuldungsverhandlungen muss Sri Lanka zudem die vom IWF formulierten Sparmaßnahmen umsetzen: Die Mehrwertsteuer wurde bereits erhöht, Pensionsfonds zur Reduktion der Verluste interna-

tionaler Anleger herangezogen, staatliche Subventionen für Benzin, Strom und Wasser gekürzt. Diese Maßnahmen belasten vor allem die ärmsten Bevölkerungsschichten des Landes.

Im Juni nahmen Kristina Rehbein und Malina Stutz im Namen von *erlassjahr.de* in Colombo, der Hauptstadt Sri Lankas, an hochrangig besetzten Gesprächen teil. Eingeladen hatte das sri-lankische YUKTHI-Kollektiv, ein Zusammenschluss von Fachleuten aus Wissenschaft und Aktivismus die sich in Sri Lanka gemeinsam für Demokratie und Gerechtigkeit einsetzen.

Malina Stutz führte das Interview mit der Rechtswissenschaftlerin Ermiza Tegal.

» **Malina Stutz: Im Jahr 2022 konnte Sri Lanka seine Auslandsschulden nicht mehr zurückzahlen. Wie hat sich das auf die Menschen im Land ausgewirkt?**

Ermiza Tegal: Das Land geriet in eine katastrophale Lage. Es gab viele Engpässe bei der Versorgung mit Treibstoff, Lebensmitteln und medizinischen Gütern. Das Leben der Menschen war unmittelbar und tiefgreifend beeinträchtigt. Dadurch kam es zu Massenprotesten, die dazu führten, dass der Präsident das Land verließ. Doch anstatt Neuwahlen durchzuführen, ernannte die parlamentarische Mehrheit des ehemaligen Präsidenten lediglich einen Abgeordneten aus den eigenen Reihen zum Nachfolger des ehemaligen Präsidenten. Die Regierung besitzt in den Augen der meisten Menschen in Sri Lanka daher keine Legitimation.

» **Wie ist die Situation heute?**

Zwar gibt es keine Schlangen für lebenswichtige Güter und sichtbaren



ERMIZA TEGAL ist Juristin mit einem Master in Recht, Governance und Entwicklung von der SOAS Universität in London. Sie ist seit 17 Jahren in den Bereichen öffentlich-rechtliche Grundrechte, Land-, Arbeits- und Familienrecht tätig. Ermiza engagiert sich für Gesetzesreformen in den Bereichen Familienrecht, häusliche Gewalt, Terrorismusbekämpfung und geschlechtsspezifische Gewalt. Sie ist Mitglied des Feministischen Kollektivs für wirtschaftliche Gerechtigkeit.

Engpässe mehr, aber die Lebenshaltungskosten sind massiv gestiegen. Güter wie Treibstoff und Lebensmittel sind also verfügbar, aber viele Menschen können sie sich schlicht nicht leisten. Es gibt erhebliche Probleme bei der Nahrungsmittelversorgung, Mangelernährung wird zum Problem. Die Regierung hat viele Sparmaßnahmen verhängt und zum Beispiel die Mehrwertsteuer deutlich erhöht. Staatliche Subventionen für Benzin, Strom und Wasser wurden gekürzt. In der Folge wurde über einer Million Menschen – in einem Staat mit 22 Millionen Einwohnern – der Strom

abgestellt, da sie ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen konnten. Für besonders gefährdete Gruppen wie die arme Landbevölkerung, die Arbeiter*innen auf den Tee- und Kautschukplantagen und die Armen in den Städten ist die Krise nach wie vor äußerst real und hart.

» **Wie reagiert die Regierung auf diese Situation?**

Die Regierung hat Maßnahmen eingeführt, die im Kontrast zu dem stehen, was die Menschen durchmachen. So wurde zum Beispiel die



Proteste am 28. August 2023 in der sri-lankischen Hauptstadt Colombo: Die Menschen wehren sich gegen die Kürzungen der Pensionsfonds durch die Inlandsumschuldung. © Madhulika Gunawardena

Anzahl der Menschen, die Sozialleistungen beziehen können, reduziert. Gemeinsam mit den Sparmaßnahmen werden außerdem autoritäre Gesetze eingeführt, die den Protest gegen die Sparpolitik erschweren. Die neuen Gesetze kriminalisieren die freie Meinungsäußerung und die Versammlungsfreiheit, einschließlich gewerkschaftlicher Aktionen. Die Polizei reagiert äußerst aggressiv, auch auf kleine Proteste. So wird unmissverständlich die Botschaft vermittelt, dass wir uns nicht beschweren dürfen und die Last auf uns nehmen sollen, die uns auferlegt wird.

» **Was sollte die Regierung Sri Lankas jetzt stattdessen tun?**

Was wir wirklich wollen, ist, dass die Regierung zur Kenntnis nimmt, wie das tägliche Leben der Menschen tatsächlich aussieht, und sicherstellt, dass ihnen im Rahmen der Schuldenrückzahlung kein weiteres Leid zugefügt wird. Wir wollen, dass sie anerkennt, dass die Wirtschaftskrise diejenigen am härtesten trifft, die ohnehin schon benachteiligt sind. Die Regierung soll die Sparmaßnahmen zurücknehmen und Unterstützung sicherstellen, damit die Menschen die Krise nicht nur überleben, sondern zukünftige Generationen auch eine Chance auf Bildung und Entwicklung bekommen. Außerdem müssen die repressiven Gesetze, die Proteste und

Meinungsäußerungen unterdrücken, aufgehoben werden. Und letztlich fordern wir auch, dass die Verhandlungen mit externen Gläubigern so geführt werden, dass die Last nicht auf die Bevölkerung abgewälzt wird.

» **Wie versuchst du, gegen diese Probleme vorzugehen? Wie sieht dein Aktivismus als Anwältin aus?**

Mein Team und ich arbeiten daran, den Menschen nahezubringen, was die neuen repressiven Gesetze für sie persönlich bedeuten. Es ist eine Herausforderung, da die Regierung Gesetze schneller verabschiedet, als wir darauf reagieren können. Der Präsident verkündete kürzlich stolz, dass innerhalb von weniger als zwei Jahren mehr als 75 neue Gesetze verabschiedet wurden. Diese neuen Gesetze werden nicht erklärt, die Menschen wissen oft nicht einmal, dass ein Gesetz verabschiedet wurde oder was in diesen Gesetzen steht. Diese Gesetze haben aber tiefgreifende Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Rechte und körperlichen Freiheiten der Menschen. Die Wirtschaftskrise zu nutzen, um die Macht der Regierung in einem Land zu stärken, in dem Machtmissbrauch und Korruption an der Tagesordnung sind, ist ein verheerender Schlag gegen die Souveränität der Menschen. Die Menschen kämpfen, sind müde und haben zunehmend Angst zu protestieren, aber es gibt

immer noch Gruppen, die Hoffnung haben und sich gegen die repressiven Gesetze wehren. Ein Gesetz, das innerhalb weniger Wochen von einer Regierung durchs Parlament gejagt wird, die von der Bevölkerung nicht als legitim angesehen wird, kann kein demokratisches Gesetz sein.

» **Und als Anwältin unterstützt du auch einzelne Fälle vor Gericht, richtig?**

Genau, einige der Fälle, die wir derzeit bearbeiten, sind direkt mit der wirtschaftlichen Krise verbunden. Wir vertreten Menschen, die an Protesten teilgenommen haben und Opfer von Polizeigewalt wurden. Außerdem vertreten wir vor Gericht die Bürger gegen die Regierung, da diese im Kontext der Schuldenrestrukturierung die Ersparnisse der Rentenfonds von sri-lankischen Arbeiter*innen beschlagnahmt und diese damit de facto enteignet hat. Diese Klagen zeigen deutlich, dass viele Bürger*innen vor Gericht gehen, weil sie das Gefühl haben, dass ihre Stimmen anderswo nicht gehört werden. Allerdings haben solche Klagen, die sich auf die wirtschaftlichen Grundrechte der Klagenden beziehen, vor Gericht nur selten Erfolg, denn die sri-lankische Verfassung erkennt sozio-ökonomische Rechte nicht als einklagbar an.

» **Welche Unterstützung wünschst du dir von der deutschen Zivilgesellschaft?**

Wir wünschen uns vor allem Solidarität und Verständnis für das Leid der Menschen in Sri Lanka. Wir glauben auch, dass es entscheidend ist, gemeinsam Druck auf die internationalen Finanzinstitutionen wie den Internationalen Währungsfonds auszuüben, die die Politik in Sri Lanka beeinflussen. Sie müssen anerkennen, welche Auswirkungen die von der Regierung getroffenen Maßnahmen auf die Menschen haben. Und schließlich ist es von entscheidender Bedeutung, eine klare und starke Stimme gegen die Praktiken ausländischer Gläubiger zu erheben, die weiterhin hoffen, von der Krise in Sri Lanka zu profitieren.



Freiwillige der Organisation „Repair Together“ räumen die Trümmer eines kriegsbeschädigten örtlichen Kulturhauses in Yahidne, Ukraine. | © Shutterstock.com / Drop of Light

Ukraine

Schuldenerlass für einen selbstbestimmten Wiederaufbau

Die Ukraine war schon lange hoch verschuldet. Im Februar 2022 kam dann der Angriff Russlands, welcher nicht nur zu ungeheurem menschlichem Leid, sondern auch zu starken Belastungen für die Wirtschaft des Landes führte. Um während des Krieges handlungsfähig zu bleiben und für einen erfolgreichen Wiederaufbau nach dem Krieg, benötigt die Ukraine einen umfassenden Schuldenerlass. Einen ersten Schritt dahin sollte eigentlich eine Einigung mit den Haltern von Vorkriegsanleihen bringen. Doch diese ist völlig unzureichend.

Der im Februar 2022 begonnene Angriffskrieg Russlands traf die Ukraine hart – auch wirtschaftlich. Zur Aufrechterhaltung der Staatsfunktionen und zur Verteidigung benötigte die Ukraine ausländische Unterstützung. Diese kam und kommt auch weiterhin in Form von Krediten, hauptsächlich von öffentlichen Gebern. In nur einem Jahr führte die Kreditaufnahme zu einem Anstieg der sowieso schon hohen öffentlichen Auslandsverschuldung um knapp 40 Prozent.

Schuldendienstzahlungen aufgeschoben

Um das Land handlungsfähig zu halten, sind Maßnahmen zur Entschuldung des Landes bereits während des Krieges von großer Bedeutung. Darum gewährten mehrere Gläubiger

– einschließlich der meisten bilateralen öffentlichen Gläubiger und der privaten Anleihehalter – schon kurz nach Beginn des Krieges, im Sommer 2022, ein Schuldenmoratorium auf die bestehenden Vorkriegsforderungen. Die Schuldendienstzahlungen wurden bis September 2024 aufgeschoben. Die öffentlichen bilateralen Gläubiger verlängerten das Moratorium bereits früh bis 2027.

Unzureichende Entschuldung von Anleihehaltern

Die privaten Anleihegläubiger verlängerten das Moratorium jedoch nicht, sondern einigten sich mit der Ukraine auf eine Schuldenrestrukturierung. Der in der Einigung vom Juli 2024 vorgesehene Schuldenschnitt liegt allerdings klar unter dem, was die Ukraine als mindestens notwendig

errechnet und den Anleihehaltern vorgeschlagen hatte. Aus Sicht von erlassjahr.de schützt der geringe Erlass vor allem die Profitinteressen der Anleger, anstatt einen echten Beitrag zur dauerhaften Entlastung der Ukraine zu leisten.

Umfassender Schuldenerlass zentral für Wiederaufbau

Aufgrund der starken Zerstörung und der hohen Wiederaufbaukosten ist schon jetzt klar, dass auch nach einem Ende des Krieges die wirtschaftliche und fiskalische Situation der Ukraine untragbar bleiben wird. Um einen selbstbestimmten Wiederaufbau zu ermöglichen, ist ein außerordentlicher und umfassender Schuldenerlass notwendig. Dies können die heute bestehenden Verfahren zur Schuldenrestrukturierung jedoch nicht gewähr-

leisten. Für den Fall Ukraine muss die globale Schuldenarchitektur deshalb grundlegend neu gedacht werden. Dazu gehört etwa eine außerordentliche Schuldenkonferenz, in der alle Forderungen von allen Gläubigern berücksichtigt werden. Eine solche Schuldenkonferenz könnte auch Signalwirkung entfalten und dazu beitragen, die globale Schuldenarchitektur auch für andere Länder fairer zu gestalten.

Länderschwerpunkt Ukraine

In den Debatten, die bereits aktuell über den Wiederaufbau der Ukraine geführt werden, ist die Frage nach dem Umgang mit der Verschuldungssituation bisher nur am Rande ein Thema – obwohl die Verschuldung den Wiederaufbau des Landes stark beeinträchtigen wird. erlassjahr.de strebt an, mit dem Länderschwerpunkt und gemeinsam mit internationalen Partner*innen darauf hinzuwirken, dass die Relevanz dieser Frage anerkannt und das Thema Entschuldung Teil der politischen Debatte wird. Denn ein substantieller und außerordentlicher Schuldenerlass wird eine der entscheidenden Voraussetzungen für die Erholung und den Wiederaufbau des Landes sein. Zentrale Themenseite zum Länderschwerpunkt: erlassjahr.de/kampagne/laenderschwerpunkt-ukraine.



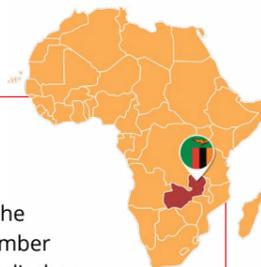
+++ Suriname +++

Suriname ist ein kleines Land im Nordosten von Südamerika. Während der Corona-Pandemie verschlechterten sich Wirtschaft und Schuldentragfähigkeit des Landes dramatisch, sodass Suriname Ende 2020 einen Teil seiner Schulden nicht mehr bedienen konnte. Das Land versuchte nach der Zahlungseinstellung mit seinen Anlegern über einen Schuldenerlass zu verhandeln, doch diese sperrten sich: Obwohl sie zuvor hohe Risikoprämien kassiert hatten, waren sie nicht bereit, sich an den Krisenkosten zu beteiligen. Während die Anleger die Sache einfach aussaßen, zahlte Suriname hohe Strafzinsen. Nach drei Jahren gab das Land nach und einigte sich mit den Anlegern auf eine Schuldenrestrukturierung. Doch diese Einigung bringt dem Land nicht das, was es eigentlich gebraucht hätte: Sie sieht eine Schuldenerlassung von maximal 25 Prozent vor, obwohl laut IWF mindestens 40 Prozent notwendig gewesen wären. Rechnet man die Strafzinsen sowie Gebühren für die Umschuldung mit ein, müssen die Anleger de facto auf nur 1,2 Prozent der ursprünglichen Forderungen verzichten. Und als wenn das nicht schon skandalös genug wäre, haben sie sich zusätzlich als „Entschädigung“ eine Beteiligung an Surinames künftigen Öleinnahmen gesichert.



+++ Zambia +++

Hohe Schuldendienstzahlungen hatten die sambische Volkswirtschaft schon seit Jahren belastet. Im November 2020 musste Zambia die Zahlungen an seine ausländischen Gläubiger dann als erster Staat infolge der Corona-Krise einstellen. Wenige Monate später beantragte Zambia Umschuldungsverhandlungen unter dem neu geschaffenen *Common Framework* der G20-Staaten. Das selbsterklärte Ziel der G20-Staaten war, mit diesem Entschuldungsrahmenwerk Schuldenkrisen rasch lösen zu können. Im Falle Sambias konnte von rasch jedoch keine Rede sein: Bis eine Einigung mit den G20-Gläubigern erzielt wurde, dauerte es mehr als zweieinhalb Jahre – bis Juni 2023. Die Verhandlungen mit der Mehrheit der privaten Gläubiger Sambias, darunter der größte europäische Vermögensverwalter *Amundi*, zog sich noch länger hin – bis Mai 2024. Verhandlungen mit einzelnen weiteren Privatgläubigern sind immer noch nicht abgeschlossen. Die meisten Vereinbarungen beinhalten zudem keine echten Schuldenerlasse, sondern nur Zinssenkungen und Zahlungsverlängerungen. Zwar bedeutet das zunächst eine kurzfristige Erleichterung für Zambia. Es besteht jedoch die Gefahr, dass das Land dadurch mittelfristig erneut in Schwierigkeiten gerät.





„Wir wollen leben, frei sein und keine Schulden mehr haben!“ - Demo-Schild bei feministischen Protesten in Buenos Aires, Argentinien | © Shutterstock.com / Carolina Jaramillo

„We want to be alive, free and out of debt!“ Warum Staatsverschuldung auch eine feministische Frage ist

„Wir wollen leben, frei sein und keine Schulden mehr haben!“, forderte das feministische Kollektiv *Ni Una Menos* im kritisch verschuldeten Argentinien. Die Aktivistinnen rückten die Schuldenfrage in das Zentrum ihrer Bewegung gegen misogynie, also frauenfeindliche Gewalt und gegen die strukturelle Benachteiligung von Frauen und queeren Menschen. Denn Staatsverschuldung wirkt sich besonders gewaltvoll auf ohnehin marginalisierte Gruppen aus, vor allem in Ländern des Globalen Südens.

Wenn Regierungen Schwierigkeiten haben, Kredite an ausländische Gläubiger zurückzuzahlen, treiben sie Einsparungen im eigenen Land voran, häufig unter Druck von Finanzinstitutionen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF). Diese Sparmaßnahmen verstärken sozio-ökonomische Ungleichheiten und patriarchale Strukturen, denn es sind insbesondere Frauen, die die dadurch entstehenden Belastungen auffangen müssen.

Wenn Regierungen öffentliche Gelder kürzen, betrifft das vor allem Bildung, Gesundheitswesen und Sozialschutz. Kürzungen im öffentlichen Sektor führen zu Senkungen von Löhnen, schlechteren Arbeitsbedingungen und Arbeitsplatzverlusten. Dabei sind Sorgtätigkeiten ohnehin von Prekarität betroffen, denn aus kapitalistischer Sicht sind sie nicht gewinnträchtig, sondern stellen einen Kostenfaktor

dar, den es zu minimieren gilt. 90 Prozent der Krankenpfleger*innen und mehr als 70 Prozent des Gesundheitspersonals weltweit sind Frauen.

Die Schuldenkrise verstärkt die Sorgekrise

Wenn an der staatlichen Daseinsvorsorge gespart wird, werden die dadurch entstehenden Lücken durch unbezahlte Arbeit, insbesondere von Frauen in Familien, gefüllt. Frauen verbringen im weltweiten Durchschnitt 2,5-mal mehr Zeit mit Haus- und Sorgearbeit als Männer. Dabei ist Sorgearbeit alles andere als kostenlos: Frauen zahlen einen hohen Preis durch eine ständige Doppelbelastung und durch fehlende Zeit für Lohnarbeit, Bildung, politisches Engagement oder schlichtweg Erholung. Das hat wiederum Auswirkungen auf ihre Lebensgrundlagen, ihre Unabhängigkeit und ihr Wohlergehen.

Die Ökonomin Diane Elson schreibt, es gebe ein „strategisches Schweigen“ darüber, wie die unbezahlte Sorgewirtschaft das Finanzsystem untermauert. Es werde bei der Planung der Haushaltskürzungen davon ausgegangen, dass die Folgen von Sparpolitik ohne irreparablen Schaden aufgefangen werden könnten: von Frauen, die kostenlose Sorgearbeit leisten und damit die Kosten der Schuldenkrise tragen.

Bildung und Gesundheit stehen auf dem Spiel

Kürzungen öffentlicher Ausgaben sowie eine zunehmende Privatisierung staatlicher Dienstleistungen beeinträchtigen deren Verfügbarkeit und Qualität. Wenn Bildungsbudgets gekürzt werden und Familien nicht in der Lage sind, all ihren Kindern den Schulbesuch zu finanzieren, werden Jungen oft gegenüber Mädchen

bevorzugt. Einsparungen im Gesundheitswesen werden für Frauen besonders gefährlich, wenn davon die Versorgung rund um sexuelle und reproduktive Gesundheit betroffen ist.

Auch regressive Steuerpolitik kann Frauen besonders treffen: Als Sorgeleistende sind Frauen meist für das Haushaltsbudget und die Ernährung ihrer Familien verantwortlich und steigenden Preisen ausgeliefert. Wenn Lebensmittelsubventionen abgeschafft werden, drohen daher Mangelernährung, Hunger und potentiell tödliche Folgen, besonders wenn Kinder versorgt werden müssen. Eine erhöhte Mehrwertsteuer auf Menstruationsprodukte kann dazu führen, dass Mädchen sich keine Binden leisten können und aus Angst vor Stigmatisierung nicht in die Schule gehen, während sie menstruieren.

Geschlechtsspezifische ökonomische Gewalt

In Argentinien wurde im Namen der Austerität die Finanzierung von Anlaufstellen bei häuslicher Gewalt massiv gekürzt. Dabei hat dort die Zahl an Femiziden im vergangenen Jahr einen Rekordwert erreicht und steigt seit dem Amtsantritt von Präsident Milei, der den Feminismus zum Staatsfeind erklärte, weiter an. Die feministische Ökonomin Fatimah Kelleher nennt Sparmaßnahmen selbst eine Form von geschlechtsspezifischer Gewalt, weil politische Entscheidungsträger*innen sie auf Kosten von Frauen umsetzen und ihr körperliches und psychisches Leiden bewusst in Kauf nehmen.

Es lässt sich zudem ein Zusammenhang von Sparpolitik und dem Erstarken rechter Parteien beobachten. In Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit steigt oft die Unzufriedenheit in der Bevölkerung, worauf rechte Parteien mit vermeintlich einfachen Lösungen und Schuldzuweisungen reagieren. Diese richten sich auch gegen progressive feministische Bewegungen und fördern eine Rückkehr zu traditionellen Geschlechterrollen, wodurch weibliche Selbstbestimmungsrechte, z.B. auf Schwangerschaftsabbrüche,

sowie die Sicherheit von queeren Menschen gefährdet werden.

Feministische Lösungsansätze

Zum Selbstverständnis feministischer Perspektiven auf Schuldenkrisen gehört nicht nur eine Kritik am Status Quo, sondern auch eine Auseinandersetzung mit Lösungsansätzen. Dazu arbeiten feministische Ökonom*innen Seite an Seite mit anderen machtkritischen Akteuren wie der Klimagerechtigkeitsbewegung.

„Wie eine Regierung ihr Geld einsetzt – jede Haushaltskürzung, jede Budgetvergabe –, das ist eine Frauenrechtsfrage“, schreibt das *Afrifem Macroeconomics Collective*. „Feminist Budgeting“ bedeutet, schon im Rahmen der Haushaltsplanung zu analysieren, wie staatliche Ausgaben zur Förderung der Geschlechtergleichstellung beitragen können – und diese entsprechend umzusetzen. Außerdem müssen öffentliche Investitionen in Bereichen wie Gesundheitsversorgung, Bildung und Kinderbetreuung getätigt werden,

um die Last unbezahlter Sorgearbeit zu verringern. Dies geht aus feministischer Perspektive damit einher, die zunehmende Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen in Frage zu stellen, weil sie den Fokus auf Profit statt auf Gemeinwohl legt. Zudem brauche es eine Umgestaltung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und eine Aufwertung der Arbeit von Frauen.

Zentral sind auch feministische ökonomische Bildungsarbeit sowie Investitionen in weitere Forschung. Denn wie sich große makroökonomische Entscheidungen auf das tägliche Leben von Frauen und vulnerable Gruppen auswirken, muss zugänglich und sichtbar gemacht werden. Und nicht zuletzt braucht es eine stärkere Beteiligung feministischer Organisationen an entscheidenden Verhandlungen, um die Bedürfnisse von Frauen, queeren Menschen und anderen marginalisierten Gruppen in das Zentrum des Umgangs mit Schuldenkrisen zu rücken.

AMELIE FISCHER



+++ Kenia +++



Schon vor der Corona-Pandemie war Kenia hoch verschuldet. Die Auswirkungen der Pandemie und des Krieges gegen die Ukraine sowie der Druck durch den globalen Zinsanstieg führten schließlich dazu, dass die Verschuldungssituation des Landes kritisch wurde. 2024 muss Kenia ein Viertel der öffentlichen Einnahmen des Landes allein für die Schuldendienstzahlung an Gläubiger im Ausland aufbringen. Um den Schuldendienst weiter aufrecht halten zu können und die Bedingungen eines IWF-Programms zu erfüllen, plante die kenianische Regierung im Frühjahr 2024 Steuererhöhungen einzuführen, die auch die ärmsten Bevölkerungsschichten deutlich getroffen hätten. Die Pläne führten zu landesweiten Protesten, die teilweise gewaltsam niedergeschlagen wurden und die bis heute andauern. Die geplanten Steuererhöhungen wurden infolge der Proteste zwar durch den kenianischen Präsidenten zurückgenommen; allerdings gibt es Pläne, sie durch neue Austeritätsmaßnahmen zu ersetzen.

erlassjahr.de-
Akademie



QUALIFIZIERT ENGAGIERT FÜR FAIRE ENTSCULDUNG

erlassjahr.de-Akademie Qualifiziert engagiert für faire Entschuldung

Warum machen Staaten Schulden? Welche Rolle spielen Schulden im Kapitalismus? Wann werden Schulden zum Problem? Was haben Staatsschulden mit der Klimakatastrophe zu tun? Und was genau ist eigentlich dieses Staateninsolvenzverfahren? Um genau diese Fragen ging es in der Online-Fortbildungsreihe „erlassjahr.de-Akademie“, die im Frühjahr 2024 erstmalig stattfand.

An fünf aufeinanderfolgenden Montagen, jeweils für zwei Stunden, tauchten die Teilnehmenden tief in die komplexen Zusammenhänge von Staatsschulden und globaler Gerechtigkeit ein. Die Sitzungen boten eine ausgewogene Mischung aus inhaltlichen Inputs der Politischen Referentin Malina Stutz und interaktiven Elementen wie Kleingruppenarbeit. So entstand ein Raum für intensive Auseinandersetzung mit den Themen und für lebendigen Austausch untereinander.

Die Akademie setzte eine aktive Teilnahme während und zwischen den Sitzungen voraus: Die Teilnehmenden bereiteten Texte vor, setzten sich mit Forderungen von erlassjahr.de auseinander und brachten sich aktiv in die Diskussion ein. In der letzten Sitzung wurden Beteiligungsmöglichkeiten bei erlassjahr.de vorgestellt und die Teilnehmenden waren eingeladen, eigene Ideen zu entwickeln, wie sie in ihrem eigenen Umfeld für faire Entschuldung aktiv werden können. Für so viel Engagement erhielten sie im Anschluss an die Akademie ein Zertifikat über die erfolgreiche Teilnahme.

Mit 15-20 Teilnehmenden pro Sitzung war die Akademie sehr gut besucht. Das Interesse im Vorfeld war so groß, dass wir eine Warteliste anlegen mussten. Aufgrund des großen Interesses ist bereits eine Wiederholung der erlassjahr.de-Akademie für 2025 geplant, dann voraussichtlich mit einem Schwerpunkt auf Klimagerechtigkeit und Schulden. Wer Interesse hat, kann sich schon jetzt auf die Warteliste eintragen, um zu den Ersten zu gehören, die informiert werden und sich einen Platz für die Neuaufgabe sicher können.

Die erlassjahr.de-Akademie wurde gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des



Connecting the Dots: Neue Ko-Finanzierung durch die Europäische Kommission

erlassjahr.de hat gemeinsam mit neun Partnerorganisationen aus acht EU-Ländern erfolgreich eine Projektfinanzierung gesichert. Im Rahmen des **PROJEKTS „CONNECTING THE DOTS: LINKING ECONOMIC, GENDER AND CLIMATE JUSTICE TO TACKLE GLOBAL CHALLENGES“** fördert die Europäische Kommission Maßnahmen zu Bewusstseinsbildung, Netzwerkstärkung und Kampagnenarbeit in den EU-Ländern. Das Projekt, das seit dem 1. Juni 2024 läuft, hat ein zentrales Ziel: vor allem junge Menschen unter 30 Jahren zu erreichen und zu mobilisieren.

Keine Profite auf Kosten der Ärmsten!

Jetzt unterzeichnen: Offener Brief an Finanzminister Lindner

Die Schuldenkrise im Globalen Süden verhindert dringend notwendige Investitionen für soziale und ökologische Bereiche. Die Bundesregierung hat sich daher in ihrem Koalitionsvertrag verpflichtet, die Schaffung eines Staateninsolvenzverfahrens zu unterstützen, das alle Gläubiger einbezieht. Ein zentrales Problem dabei ist jedoch, dass private Gläubiger sich nur unzureichend an Schuldenerleichterungen beteiligen – obwohl sie rund 60 Prozent der Forderungen gegenüber Ländern des Globalen Südens halten. Selbst in krisengeschüttelten Ländern wie Sri Lanka oder der Ukraine machen *BlackRock & Co* noch ordentlich Profite – auf Kosten der Bevölkerung.

Mit einem Offenen Brief an Bundesfinanzminister Lindner fordern wir ihn auf, endlich den Weg frei zu machen für ein Gesetz, das eine ausreichende Beteiligung von Privatgläubigern an Schuldenerleichterungen erzwingt.

Der offene Brief soll vor der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, die Ende Oktober in Washington, D.C. stattfindet und an der das Bundesfinanzministerium teilnimmt, an das BMF übermittelt werden. **Unterzeichnet jetzt mit eurer Organisation, Gruppe oder Institution das Formular und verleiht unserer Forderung damit den nötigen Nachdruck: erlassjahr.de/offener-brief-lindner**

Globale Verschuldung Ein Thema auch für Gewerkschaften!

2024 hat sich die Schuldenkrise im Globalen Süden noch einmal zugespitzt: Staaten des Globalen Südens müssen dieses Jahr so viel Schuldendienst wie noch nie an ihre ausländischen Gläubiger leisten. In 45 Staaten fließen mehr als 15 Prozent der Staatseinnahmen in den ausländischen Schuldendienst.

Der hohe Schuldendienst verdrängt zunehmend die wichtigen Staatsausgaben, die zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung erforderlich sind. Dabei braucht es gerade in kritisch verschuldeten Ländern fiskalische Spielräume dafür: Mehr als 3,3 Milliarden Menschen – fast die Hälfte der Menschheit – leben in Ländern, die mehr für die Begleichung ihres Schuldendienstes ausgeben als für Bildung oder Gesundheit.

Schuldenkrisen treffen Arbeitnehmer*innen

Eine der gesellschaftlichen Gruppen, auf deren Rechte und Lebensstandards die Schuldenkrise in Ländern des Globalen Südens besonders großen Einfluss hat, sind Arbeitnehmer*innen. Oft müssen Regierungen, die gegen eine Schuldenkrise kämpfen, eine rigide Sparpolitik umsetzen. Diese wird entweder im Rahmen von sogenannten „Anpassungsprogrammen“, die Länder im Gegenzug für Notkredite umsetzen müssen, vom Internationalen Währungsfonds (IWF) verordnet. Oder sie entsteht dadurch, dass Regierungen versuchen, durch massive Einsparungen die Aufnahme von Schuldenrestrukturierungsverhandlungen zu vermeiden. Resultat daraus sind häufig sinkende Löhne, schlechtere oder eingeschränkte öffentliche Dienstleistungen oder fehlende Mittel für soziale Sicherheit. Und auch wenn ein Land mit seinen Gläubigern über einen Schuldenerlass verhandelt, können Rechte von Arbeitnehmer*innen betroffen sein: wenn etwa Reformen zur Rationalisierung des öffentlichen Sektors umgesetzt, zur Restrukturierung von Inlandsschulden die Rentenfonds

gekürzt oder Gesetze zur Einschränkung von Demonstrationsrechten eingeführt werden.

Beispiel Sri Lanka

Im April 2022 musste das Land die Zahlungen an seine ausländischen Gläubiger einstellen und die Verhandlung über einen Schuldenerlass aufnehmen. Obwohl es sich bei der Krise um eine reine Auslandsschuldenkrise handelt, machten die internationalen Anleihehalter Sri Lankas die Restrukturierung der Inlandsschulden zur Bedingung für weitere Verhandlungen. Im Inland hielten neben Banken und Unternehmen auch Pensionsfonds, in den Beschäftigte für ihre Rente einzahlen, Forderungen an den sri-lankischen Staat. Der Inlandsumschuldung fielen nun vor allem die Pensionsfonds zum Opfer: Schätzungsweise die Hälfte ihres Wertes werden sie durch die Umschuldung verlieren. Zu denjenigen, die in die Pensionsfonds eingezahlt hatten, gehören auch viele Frauen in der Bekleidungsindustrie oder Teeplücker*innen, deren Löhne sowieso schon unter der Armutsgrenze liegen. Die Kosten der Krise wurden damit zugunsten der internationalen Anleihehalter auf die bearbeitende Bevölkerung abgewälzt. Und Sri Lanka ist nur ein Beispiel von vielen.

Gewerkschaften positionieren sich

Gewerkschaften im Globalen Süden haben aufgrund dieser Entwicklungen verstärkt begonnen, sich zur fairen Lösung von Staatsschuldenkrisen zu positionieren. Im August 2023 fand im senegalesischen Dakar eine Konferenz für afrikanische Gewerk-

schaftsvertreter*innen statt, um sich für gewerkschaftliches Engagement zur Staatsverschuldung auf dem afrikanischen Kontinent zu vernetzen. Im November 2023 wurde eine Kampagne des regionalen afrikanischen Ablegers des Internationalen Gewerkschaftsbundes zum Umgang mit Staatsverschuldung vorgestellt. Sri-lankische Gewerkschaften nehmen eine „watch-dog“-Funktion im Hinblick auf die Umsetzung der IWF-Reformen und Schuldenrestrukturierung in Sri Lanka ein. Und im April erschien eine Studie des Internationalen Gewerkschaftsbundes zur globalen Staatsverschuldung, zu deren Auswirkung auf die Ziele für nachhaltige Entwicklung und zur Rolle von Gewerkschaften. Sie fordert Gewerkschaften explizit auf, ihre gesellschaftliche Stimme zu dem Thema zu nutzen.

Schwerpunkt Gewerkschafts- und Entschuldungsaktivist*innen für soziale Gerechtigkeit

In den nächsten Monaten möchte erlassjahr.de daran andocken und Gruppen in Deutschland, die sich für Arbeitnehmer*innen-Rechte einsetzen, verstärkt ansprechen – ob durch ein Vortragsangebot, durch erlassjahr.de-Cafés, Publikationen oder gemeinsame Vernetzung. Die Themenseite ist hier zu finden: erlassjahr.de/arbeitnehmerinnenrechte. Wir freuen uns jederzeit über **Kontakte und Hinweise** an buero@erlassjahr.de!



Engagementpreis des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ): Beim Tag der Offenen Tür des BMZ wurde Jürgen Kaiser (3.v.r.) für sein langjähriges Engagement ausgezeichnet. | © erlassjahr.de

BMZ-Engagementpreis Hohe Auszeichnung für erlassjahr.de-Mitgründer Jürgen Kaiser

Jürgen Kaiser, Mitgründer und ehemaliger Politischer Koordinator bei erlassjahr.de, wurde für sein langjähriges Engagement für faire Entschuldung mit dem Engagementpreis des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ausgezeichnet. Die Verleihung durch Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze fand Ende Mai im Rahmen des Tages der Offenen Tür des BMZ in Bonn statt.

In der Laudatio betonte das BMZ den Facettenreichtum von Jürgen Kaisers Engagement. Er sei „einer der besten Experten zum Thema Schulden“ und habe mit seiner Kritik und seinen Vorschlägen Anerkennung bis in die höchsten Kreise von Regierungen und internationalen Organisationen gefunden. Sein Engagement habe aber auch eine starke aktivistische Seite. So habe er etwa mit großer Leidenschaft den „Hai des Jahres“ an besonders gierige Banken und Fonds verliehen und trage mit seinen Publikationen und Vorträgen in ganz Deutschland zu einer „Alphabetisierung“ zum Thema Schuldenkrise im Globalen Süden bei. Auch seine Rolle als „unermüdlicher Netzwerker“ bei der Formierung der Erlaßjahr2000-Kampagne wurde gewürdigt. Diese sei „eine der größten und erfolgreichsten bürgerschaftlichen Kampagnen überhaupt“ gewesen. Teil der Kampagne war die Aktion „Kölner Kette“ anlässlich des G8-Gipfels 1999, bei der mehr als 35 000

Menschen eine Menschenkette rund um die Kölner Innenstadt bildeten.

Bei der Annahme des Preises betonte Jürgen Kaiser, dass Reichtum und Armut in der Welt nicht nur etwas damit zu tun hätten, dass die reichen Länder nicht bereit seien, Ressourcen zu teilen. Sondern dass es Strukturen gebe, die dafür sorgten, dass Ungerechtigkeit sich immer und immer wieder perpetuiere. Um diese Strukturen zu verändern, brauche es Mechanismen wie ein Staateninsolvenzverfahren.

Jürgen Kaiser, ursprünglich Geograph und Regionalplaner, war von 2001-2021 Politischer Koordinator von erlassjahr.de und bleibt dem Bündnis bis heute eng verbunden. Kristina Rehbein, Nachfolgerin von Kaiser in der Rolle der Politischen Koordinatorin, erklärt: „Wir freuen uns sehr, dass Jürgen Kaisers beispielloses Engagement für faire Entschuldung nun auch von höchster Regierungssei-

te gewürdigt wird. Und das, obwohl oder gerade weil er nie mit Kritik an deutschen Regierungspositionen gespart hat. Wir sind auch als Bündnis sehr stolz auf diese Anerkennung und nehmen sie als Ansporn für unsere weitere Arbeit für faire Entschuldung.“

Das BMZ ehrt mit dem jährlich vergebenen Engagementpreis Menschen, die in besonderer Weise an der Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen und der Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung mitwirken. Neben Jürgen zeichnete das BMZ noch vier weitere Menschen mit dem Engagementpreis aus: Sophie Stettner u. a. für ihre Initiative „Kostenlose Menstruationsartikel“, Dr. Christine Tunkl für ihren Einsatz zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung in Nepal, Elke Scheiner für ihren Einsatz für Mädchen und Frauen in Nord-Kamerun sowie Neven Subotić, ehemaliger Fußballprofi, für seine Stiftung *well:fair foundation*.



Papst Franziskus fordert, „denjenigen Ländern die Schulden zu erlassen, die sie niemals zurückzahlen könnten“. © Shutterstock.com / Marco Iacobucci Epp

Das Erlassjahr 2025

Wer nicht von Anfang an dabei war, der hat sich sicher schon mal gefragt, woher der Name „Erlassjahr“ eigentlich kommt. Er stammt tatsächlich aus der Bibel! Im 3. Buch Mose heißt es:

„Und ihr sollt das fünfzigste Jahr heiligen und sollt eine Freilassung ausrufen im Lande für alle, die darin wohnen; es soll ein Erlassjahr für euch sein. Da soll ein jeder bei euch wieder zu seinem Besitz und zu seiner Sippe kommen.“

In diesem Erlassjahr sollten Schulden gestrichen, versklavte Menschen freigelassen und alles verpfändete Land an diejenigen zurückgegeben werden, denen es zuvor gehört hat. Ursprünglich sollte das Erlassjahr in jedem 50. Jahr stattfinden; später rief die katholische Kirche es alle 25 Jahre aus. 2025 ist es wieder soweit.

Der Vatikan bereitet schon seit Monaten alles für das „Heilige Jahr“ vor; Millionen von Pilger*innen werden in Rom erwartet. In seiner Verkündigungsbulle, die im Mai veröffentlicht wurde, fordert Papst Franziskus von den „reicheren Nationen“, sich zu entschließen, „denjenigen Ländern die Schulden zu erlassen, die sie niemals zurückzahlen könnten“. Dabei handele es sich „nicht so sehr um eine Frage der Großmut, sondern der Gerechtigkeit“. Außerdem betont er die ökologische Schuld des Nordens gegenüber dem Süden.

Einige unserer Partner*innen im Globalen Süden haben bereits erste Aktivitäten zum Erlassjahr 2025 geplant. Und auch wir wollen diese Steilvorlage für unsere Arbeit nutzen. Falls ihr in eurer Kirchengemeinde dazu arbeiten möchtet oder falls ihr weitere Ideen habt, wie und wo wir das Thema anbringen könnten, meldet euch gerne bei uns in der Geschäftsstelle!

Vielleicht mögt ihr das Erlassjahr ja mal im Religionsunterricht, im Gottesdienst oder in der Gemeindegemeinschaft besprechen? Dazu eignet sich besonders gut das Poster „Das Jubeljahr im Alten Testament: Was sagt die Bibel zu Schuldenerlassen?“, das ihr auf unserer Website bestellen könnt. Dort findet ihr auch weitere theologische und pädagogische Impulse zum Erlassjahr: erlassjahr.de/mitmachoption/fuer-kirchengemeinden

Ein Jahr rassismuskritischer Organisationsentwicklungsprozess

Letztes Jahr hatten wir euch an dieser Stelle vom Start unseres rassismuskritischen Organisationsentwicklungsprozesses berichtet. 12 Monate, 1 Präsenz-Workshop und 4 digitale Workshops weiter stehen wir nun kurz vor dem Ende dieses einjährigen Projektes. Teilgenommen haben die Mitarbeitenden unserer Geschäftsstelle, unsere Praktikant*innen und die Mitglieder unseres Bündnisrats; begleitet wurden wir von den Trainer*innen Nora Benariba und Lawrence Oduro-Sarpong von *glokal e. V.* Was haben wir gelernt? Und wie geht es nun weiter?

Begonnen haben wir den Prozess mit einer kritischen Auseinandersetzung mit dem eigenen Weiß-sein. Wann haben wir zum ersten Mal wirklich wahrgenommen, dass wir weiß sind? Und welche Privilegien haben und hatten wir dadurch im Leben, im Beruf, im Alltag? Weiter ging es mit einer Auseinandersetzung mit zentralen Begriffen wie Rassismus, struktureller Gewalt und Dekolonisierung. Dabei hielten wir fest, in welchen Bereichen koloniale Kontinuitäten unsere entwicklungspolitische Arbeit und unsere Strukturen immer noch berühren. In den anschließenden Workshops beschäftigten wir uns unter anderem mit der Verortung von erlassjahr.de im politischen Raum, mit dem Phänomen des „White Saviour“, mit Sprache und Bildsprache unserer Publikationen und der Website und mit (dem Mangel an) Diversität in unseren Strukturen. Im kommenden und letzten Workshop steht nun noch die Beschäftigung mit Macht und Machtungleichgewichten bei der Arbeit im internationalen Kontext an. Und dann – sind wir fertig?

Ganz sicher nicht! So vieles wurde angestoßen – aber noch längst nicht abschließend beantwortet. So vieles ist uns aufgefallen – aber noch längst nicht umgesetzt. Über so vieles müssen wir uns noch Gedanken machen – und manches haben wir vielleicht noch gar nicht entdeckt. Rassismuskritische Arbeit braucht Zeit. Und unsere Arbeit an dem Thema hat gerade erst begonnen.

Wir danken ganz herzlich der STIFTUNG UMWELT UND ENTWICKLUNG NORDRHEIN-WESTFALEN und der STIFTUNG UMVERTEILEN! für die finanzielle Förderung des Prozesses! In den kommenden Jahren wollen wir uns nun auch inhaltlich verstärkt mit dem Themenkomplex Schulden und Kolonialismus befassen. Stay tuned!

Neuer Mitträger

Der Kirchenkreis Bonn und sein Weg ins Bündnis „erlassjahr.de“

Die Evangelische Kreissynode Bonn hat auf ihrer Versammlung am 18. November 2023 beschlossen, dem Bündnis **erlassjahr.de** als Mitträger beizutreten und den Ausschuss für Partnerschaft und weltweite Ökumene beauftragt, gemeinsam mit dem Regionalen Dienst der Vereinten Evangelischen Mission (VEM) die Kampagnen, Aktionen und Bildungsangebote von **erlassjahr.de** in der Evangelischen Kirche in Bonn und darüber hinaus bekannt zu machen.

Schon bei der Aktion „Schuldenberg“ auf dem Bonner Marktplatz, die das Bündnis im Mai 2022 anlässlich der Tagung der G7-Finanzminister*innen auf dem Petersberg organisierte, hatte sich Superintendent Dietmar Pistorius mit einem klaren Statement positioniert: „Zu viele Schulden töten!“ Er erinnerte daran, dass in der Bibel der Schuldenerlass ein Gebot Gottes sei, um Menschen zu befreien und neues Leben und Neuanfänge zu ermöglichen. „Und nichts weniger scheint heute nötig, als dass gesetzliche Vorgaben die Gläubiger zwingen, an einer Neustrukturierung der Staatsschulden der überschuldeten Länder mitzuwirken, damit diese wieder Boden unter die Füße bekommen und Freiheit für ihr Land und die Menschen, die wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklung gewinnen können. Gesetz – nicht wohlfeile Reden! Verpflichtung – nicht vage Aussichten. Das würde heißen: Freiheit statt Schulden und Leben statt Tod!“

Der Beschluss der Synode setzt angesichts sinkender finanzieller Ressourcen und Gemeindegliederzahlen ein Zeichen. Die Evangelische Kirche in Bonn, der Kirchenkreis wie die zwölf Gemeinden, möchte auch mittel- und langfristig wahrnehmbar und wirksam sein. Mit dem Beitritt bei **erlassjahr.de** bekräftigt die Synode, dass sie gerade als Evangelische Kirche in der UN-Stadt Bonn ihren Einsatz für globale Gerechtigkeit weiterhin wahrnehmen und konkretisieren möchte. „Wir dürfen die Herausforderungen der Weltpolitik nicht aus dem Blick verlieren“ erklärt Joachim Gerhardt, Pfarrer der Lutherkirchengemein-



Dietmar Pistorius, Superintendent des Evangelischen Kirchenkreis Bonn, positionierte sich anlässlich des Treffens der G7-Finanzminister in Bonn klar für einen Schuldenerlass. | © **erlassjahr.de**

de Bonn und verantwortlich für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Kirchenkreises.

Partnerschaft mit Tansania hat positive Auswirkungen der Entschuldung erfahrbar gemacht

Der Beschluss wurde fast einstimmig gefasst. Dies ist auch das Ergebnis einer langjährigen Partnerschaft mit einem Kirchenkreis der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Tansania im äußersten Nordwesten des Landes. Die Partnerschaft ermöglicht, die weltweite, internationale Ökumene zu erleben. „Praktizierte Partnerschaft ist ein Nehmen und Geben und lebt von der gegenseitigen Verantwortung

und Verbundenheit“, so das Selbstverständnis. Stefanie Graner, Pfarrerin der Evangelischen Friedenskirchengemeinde und seit langem in dieser Partnerschaft engagiert, erinnerte die Synode daran, dass es auf großen Druck der Internationalen Entschuldungsbewegung beim G8-Gipfel 1999 in Köln den historischen Beschluss gab, einen Großteil der staatlichen Auslandsschulden von 41 hoch verschuldeten Ländern im Globalen Süden zu erlassen. Tansania war eines der Länder, deren Bevölkerung davon profitierte. Die Entschuldung ermöglichte Initiativen zur Armutsbekämpfung, insbesondere im Bildungsbereich. Der Schuldenerlass hat die Regierung in die Lage versetzt, unmittelbar die Grundschulgebühren

abzuschaffen und damit das Ziel einer allgemeinen Grundschulbildung zu verwirklichen. „In der Partnerschaft haben wir die positiven Auswirkungen der Entschuldung für die Bevölkerung erleben können“, so Graner.

Auch Landeskirche soll sich für faire Entschuldung einsetzen

Für die Durchsetzung der politischen Forderungen von **erlassjahr.de** ist es wichtig, den Druck auf die Bundesregierung zu verstärken. Auch deshalb bezieht der Kirchenkreis Bonn die landeskirchliche Ebene in den Beschluss ein. Die Evangelische Kirche im Rheinland (EKiR) ist Gründungsmitglied von **erlassjahr.de**. Deshalb bittet die Kreissynode das oberste Beschlussgremium der EKiR, die Landessynode, „sich bei der Bundesregierung für die Umsetzung der im Koalitionsvertrag festgehaltenen Vereinbarung zu umfassenden Schuldenerlassen und der Schaffung eines auf rechtsstaatlichen Prinzipien beruhenden Staateninsolvenzverfahrens einzusetzen und die aktuelle Kampagne von **erlassjahr.de** durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen.“

HELMUT MÜLLER

*Liebe Kolleg*innen vom Kirchenkreis Bonn, herzlich willkommen im Bündnis, danke für euer Engagement und auf gute weitere Zusammenarbeit!*

Inspiziert vom Einsatz der Ev. Kirche in Bonn? Wenn ihr euch vorstellen könnt, mit eurer Kirchengemeinde als Träger im Bündnis **erlassjahr.de** mitzuarbeiten oder in eurem Kirchenkreis ebenfalls einen Synodalbeschluss zu erwirken, dann sprecht uns an. Wir unterstützen euch gern beim Vorgehen und helfen euch beim Verfassen von Texten.



© **erlassjahr.de**

Rückblick Jahrestagung 2023 Schulden streichen, Klima retten

„Schulden streichen, Klima retten – gemeinsame Strategien für eine bessere Welt“ – so lautete der Titel der **erlassjahr.de**-Jahrestagung 2023 in Kooperation mit der Evangelischen Kirche von Westfalen. Die Wahl des Themas spiegelte dabei eine aktuelle Entwicklung wider: Die Zusammenhänge zwischen der Klimakrise und der Schuldenkrise spielen sowohl in der Arbeit von Klimagerechtigkeitsgruppen als auch in der Entschuldungsbewegung eine immer wichtigere Rolle.

Dass dieses Thema interessiert, zeigte sich an einer gut besuchten Tagung: Rund 40 Engagierte trafen sich am 3. und 4. November 2023 in der Jugendherberge Dortmund, darunter viele Vertreter*innen von Mitträgerorganisationen und zu unserer großen Freude auch mehrere Aktivist*innen von den *Fridays for Future* und der Klima- und Entschuldungsbewegung *Debt for Climate*.

Einigkeit, Kontroversen und großes Theater

Nach einem Überblick über die aktuelle Verschuldungssituation im Globalen Süden durch unsere Politische

Referentin Malina Stutz und einer Einführung in das Tagungsthema durch unsere Politische Koordinatorin Kristina Rehbein ging es am Freitagabend mit einer Podiumsdiskussion weiter.

Große Einigkeit herrschte darin, dass Klimagerechtigkeit ohne Schuldengerechtigkeit nicht denkbar ist. Doch daran schlossen sich viele Fragen an: Sollen wirklich alle Schulden des Globalen Südens gestrichen werden? Und falls ja, wie geht es danach weiter? Oder sollen nur manche Schulden gestrichen werden – aber welche? Und sollten Erlasse an Bedingungen geknüpft werden? Hier entwickelten sich

Die **Jahrestagung 2024** findet zeitgleich mit der Drucklegung dieses Entschuldungskuriers in Saarbrücken statt. Unter dem Titel „**Menschenrechte statt Schuldendienst**“ geht sie der Frage nach, wie faire Entschuldung und Menschenrechtsfragen zusammenhängen. Kooperationspartner ist das Netzwerk Entwicklungspolitik im Saarland.

erfrischend kontroverse Diskussionen. Die Forderung nach fairer Entschuldung von erlassjahr.de wurde von Louise Wagner von *Debt for Climate* in Frage gestellt: Sie forderte keine „barmherzigen Erlasse“, sondern die Streichung aller Schulden der Länder des Globalen Südens. Dass diese Forderung politisch kaum umsetzbar sei, sei ihr bewusst. Doch sie betonte, es sei bereits aus strategischen Gründen wichtig, dass es eine Bewegung gebe, die diese Forderung stelle. Malina Stutz stellte klar, dass auch erlassjahr.de die Gewährung von Erlassen nicht als Akt der Barmherzigkeit, sondern als Recht des Schuldners versteht. Sie verteidigte jedoch die zentrale Forderung unseres Bündnisses nach einem Staateninsolvenzverfahren. Die einmalige Streichung aller Schulden klinge zwar radikal, sei aber weit weniger weitreichend als ein solches Verfahren. Sarah Ribbert, Referentin für Entschuldung und grüne Transformation von der Heinrich-Böll-Stiftung, stellte das Projekt „Debt Relief for Green and Inclusive Recovery“ vor. Im Rahmen dieses Projektes macht sich die Heinrich-Böll-Stiftung zusammen mit anderen Partnern für Schuldenerlasse zugunsten einer grünen Transformation stark. Mae Buenaventura vom *Asian Peoples' Movement on Debt and Development* (APMDD), die virtuell zugeschaltet war, betonte, wie wichtig eine historische Perspektive sei. Der Globale Norden habe vielen Ländern die Verschuldung aufgezwängt. Schließlich seien die Kolonist*innen die ersten Gläubiger gewesen. Was nicht heiße, dass Netzwerke

wie APMDD ihren Regierungen die Verantwortung absprechen würden. Es sei daher wichtig, die gemeinsame, aber unterschiedliche Verantwortung anzuerkennen – sowohl im Umgang mit der Klima- als auch mit der Schuldenkrise.

Für das Abendprogramm hatten wir uns erstmals externe Unterstützung geholt: Die Impro-Theatergruppe „Verwischte Tinte“ aus Dortmund lud zu einem Workshop ein. Die Spiele waren herausfordernd – für unsere Spontaneität, unseren Einfallsreichtum und nicht zuletzt für unsere Lachmuskeln. Nach den komplexen Debatten des Tages ins freie Spiel zu finden, war eine willkommene Abwechslung.

Der Samstag stand ganz im Zeichen der Planung für die kommenden Monate. Nach einem Rück- und Ausblick auf die Arbeit von erlassjahr.de schmiedeten die Teilnehmenden in Arbeitsgruppen Pläne für das kommende Jahr. Darin ging es unter anderem um die Kampagne „Mit Schulden fair verfahren!“, um aktuelle politische Prozesse in der internationalen Entschuldungspolitik sowie um Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit von Klima- und Entschuldungsbewegung.

Wir danken der Evangelischen Kirche von Westfalen für die gute Kooperation und freuen uns über die neuen Allianzen zwischen Klima- und Entschuldungsbewegung, die während der Tagung geschmiedet wurden!

Jetzt den erlassjahr.de-Newsletter abonnieren!

Mit dem elektronischen Newsletter von erlassjahr.de seid ihr immer auf dem Laufenden! Einmal pro Monat informieren wir über die aktuellen Entwicklungen in der internationalen Welt der Schulden, präsentieren neue Publikationen und kündigen aktuelle Termine und Aktionen an. Einfach per E-Mail an buero@erlassjahr.de oder per Klick auf www.erlassjahr.de für den Newsletter anmelden.

Bündnisrat und Lenkungskreis

Der ehrenamtliche **BÜNDNISRAT** (BR) besteht aus bis zu 20 Vertreter*innen von Mitträgerorganisationen sowie Einzelunterstützer*innen. Er wird einmal im Jahr durch die Mitträgerversammlung gewählt und erarbeitet gemeinsam mit dem hauptamtlichen Team die politische Strategie des Bündnisses. Aus seiner Mitte wählt der BR einen fünfköpfigen **LENKUNGSKREIS** (LK), der die Funktion eines geschäftsführenden Vorstands wahrnimmt. Der LK ist insbesondere für Personal- und Finanzangelegenheiten verantwortlich.

In diesem Jahr wird der Bündnisrat und Lenkungskreis auf der Jahrestagung von erlassjahr.de in Saarbrücken gewählt. Diese findet nach Druckschluss des vorliegenden Entschuldungskuriers statt. Über die aktuelle Zusammensetzung der Gremien informieren wir auf unserer Homepage: erlassjahr.de/ueber-uns/gremien.

Bei den Wahlen bei der Jahrestagung im November 2023 in Dortmund kandidierte **THOMAS REICHERT**, der den Oikocredit Förderkreis Bayern im Bündnisrat vertreten hatte, nicht erneut und verließ damit den Bündnisrat. Wir bedanken uns ganz herzlich für die intensive Unterstützung und tatkräftige Mitarbeit! Vier Personen wurden neu in den Bündnisrat gewählt: In der säkularen Säule wurde **VERENA KRÖSS** als Vertreterin des Vereins WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung gewählt. In der ökumenischen Säule begrüßten wir **HELMUT MÜLLER** als Vertreter der Vereinten Evangelischen Mission und **THOMAS HEMPEL** als Vertreter der Schwestern- und Bruderschaft des Evangelischen Johannesstift. **JOANA NEUMANN** konnten wir nach ihrem Praktikum für die Mitarbeit im Bündnisrat gewinnen. Herzlichen Dank an alle neuen und alten Mitglieder im Bündnisrat für die angenehme und motivierende Zusammenarbeit!

Veränderungen im Team

Abschiede, neue Gesichter und ein großes Dankeschön

Im Februar 2024 durften wir gleich zwei neue Mitglieder in unserem Team begrüßen: **ANNI BENZ** und **MANUEL SIMON**. Anni unterstützte uns tatkräftig bei Verwaltungsaufgaben und war an der Organisation des Aktionstags „25 Jahre Kölner Kette“ beteiligt. Leider mussten wir uns bereits im August von Anni verabschieden, die derzeit an ihrer Promotion zu partizipativen Forschungsmethoden mit verschiedenen Akteur*innen im Bereich Klima(-gerechtigkeit) an der Uni Köln arbeitet. Danke für dein Engagement, Anni!

Manuel Simon kam ebenfalls im Februar 2024 zu uns. Er bringt wertvolle Erfahrungen aus seiner Zeit beim Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen mit, wo er sich intensiv mit der Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit befasst hat. Bei erlassjahr.de ist er besonders in ein Projekt zu Entschuldungsoptionen für die Ukraine eingebunden. Seit August 2024 hat er zusätzlich Verwaltungsaufgaben übernommen.

Ende Oktober verabschieden wir uns vorübergehend von unserer Kollegin **MARA LIEBAL**, die in Elternzeit geht. Da die Stelle bisher von Mara und **ELISE KOPPER** im Team geteilt wurde, ist die Kontinuität in der Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit gewährleistet. Elise bleibt uns in ihrer Position erhalten und wird zusammen mit der neuen Elternzeitvertretung die Arbeit fortführen. Spannende Bewerbungen haben wir bereits erhalten und freuen uns darauf, euch bald die neue Kollegin oder den neuen Kollegen vorstellen zu können.

Ein besonderer Dank gilt unseren engagierten Praktikant*innen, die unserer Arbeit in den vergangenen Monaten so tatkräftig unterstützt und mit frischen Ideen bereichert haben. Unser Dank geht an **FIRAS BEN MAHMOUD**, **AMELIE FISCHER** und **FLORIAN GRAWÉ** – euer Einsatz war für uns von unschätzbarem Wert! Wir sind dankbar für eure Unterstützung und wünschen euch alles Gute für eure weiteren Wege.

Unser Team in Düsseldorf



KRISTINA REHBEIN
Politische Koordinatorin
0211 / 46 93 -218
k.rehbein@erlassjahr.de



MALINA STUTZ
Politische Referentin
0211 / 46 93 -217
m.stutz@erlassjahr.de



ELISE KOPPER
Öffentlichkeitsreferentin
0211 / 46 93 -211
e.kopper@erlassjahr.de



MARA LIEBAL
Öffentlichkeitsreferentin
0211 / 46 93 -211
m.liebal@erlassjahr.de



MANUEL SIMON
Recherche und Verwaltung
0211 / 46 93 -196
m.b.simon@erlassjahr.de

Auf der Suche nach einem Praktikumsplatz?

Wir bieten Praktika in unserer Düsseldorfer Geschäftsstelle an. Falls ihr Interesse habt, spricht uns gerne an!

Termine

Online-Workshop: „Raus aus den (neo-)kolonialen Schulden! Wie ein gerechteres globales Finanzsystem zu mehr Klimaschutz beitragen könnte“

Eine Veranstaltung von Oikocredit Förderkreis Bayern e.V., Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V. und Nord Süd Forum München e.V. im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Klimaherbst“ gemeinsam mit erlassjahr.de und *Debt for Climate*

10. Oktober 2024 | 17:00-20:00 | Online

erlassjahr.de-Café: Deine Frage zur internationalen Entschuldungspolitik

Informeller Austausch mit Malina Stutz, Politische Referentin von erlassjahr.de

15. Oktober 2024 | 17:00-18:30 | Online

Workshop: Staatsschulden und Klimakrise – Aktivitäten für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit

Der Online-Workshop ist Teil der Fortbildungsreihe „Die 17 Nachhaltigkeitsziele – Lernsnacks für Lehrkräfte“ verschiedener Nichtregierungsorganisationen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit.

16. November 2024 | 10:00-18:00 | VHS Hannover

Workshop: Kolonialismus und Staatsschulden

Diskussionstisch beim Kongress „Dekoloniale Perspektiven auf Fluchtursachen“ des Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e. V. (VEN)

14. November 2024 | 17:30-18:30 | Online

erlassjahr.de-Jahrestagung 2025

Save the date!

14.-16. November 2025 | Bonn

Anmeldung und weitere Termine unter: erlassjahr.de/termine



erlassjahr.de

Entwicklung braucht Entschuldung

Carl-Mosterts-Platz 1 | 40477 Düsseldorf

Telefon: 0211 4693-196

E-Mail: buero@erlassjahr.de

www.erlassjahr.de

